



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ziemke: Unterzeichnen? : ein dokumentarischer Rückblick

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Unterzeichnen?

Ein dokumentarischer Rückblick

Von Dr. Siemke



Die tiefe Überzeugung, daß Deutschland die Unterschrift unter einen Friedensvertrag, der mit dem Wilsonprogramm nicht übereinstimmt, verweigern müßte, hat sich erst allmählich in amtlichen Kreisen sowie in der öffentlichen Meinung durchgedrückt. Die inneren Wirren entzogen diesem Problem nicht allein die wünschenswerte Aufmerksamkeit, sondern trübten auch das außenpolitische Verständnis der maßgebenden Faktoren, die sich von Anfang an zu vertrauensselig auf die unfehlbare Durchsetzbarkeit der vierzehn Wilsonschen Punkte und ihre leichte und hemmungslose Verwirklichung verließen. Erst in Verfolg der weiteren Verhandlung, die die amtlichen und offiziellen Kreise des Auslandes bei den Waffenstillstandsverhandlungen, den Vorbereitungen zur Friedenskonferenz der Alliierten, bei dieser selbst und bei allen anderen geeigneten Anlässen der Entwicklung der Friedensfrage angeheben ließen, fing das allgemeine Nachdenken darüber an, ob das wehrlose Deutschland nicht in der Verweigerung der Unterschrift das einzige und wirksame Mittel zum Schutze gegen einen Vernichtungsfrieden besäße. Man kann ruhig sagen, daß bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung diese Argumentation — wenn sie auch sozusagen im stillen schon vorher erwogen worden sein mag — nach außen hin nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde. Am 21. Dezember v. J. meinte der „Vorwärts“, das auftauchende Gerücht über eine drohende Kriegsschadigungsforderung von seiten Frankreichs leicht hin mit der kurzen Gegenfrage abfertigen zu können, ob Frankreich denn glaube, daß Deutschland hierzu überhaupt in der Lage sei!

Die englische und amerikanische Presse las jedoch schon geraume Zeit tiefer in dem Innern des deutschen Volkes. Schon bevor die Eröffnung der Nationalversammlung erst die Möglichkeit schuf, einigermaßen verbindliche Regierungserklärungen vor dem Forum der öffentlichen Weltmeinung abgeben zu können, schien sich die englische Presse im Klaren zu sein, daß sich in Deutschland Strömungen geltend zu verschaffen suchten, die nur einen Frieden auf der unantastbaren Basis der Wilsonschen Prinzipien annehmen wollten. Die Meinung brach sich daselbst Bahn, daß Deutschland mit den vierzehn Punkten stehen und fallen wolle, gegebenenfalls „streifen“ d. h. nicht unterzeichnen würde. Auffinder dieser Ideen ist — nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 184 vom 16. April — der langjährige frühere Wiener Korrespondent des „Daily Telegraph“, Dr. Dillon. Seine anfänglich in dieser Beziehung noch gehegten Zweifel formulierte er späterhin in dem Satze: „Meine Anschauung ist die, daß, wenn man die feindlichen Delegierten vor Bedingungen stellt, die das deutsche Volk schwächer und unfreier machen als Montenegro vor dem Kriege, sie mit einer kategorischen Weigerung zu unterzeichnen, antworten müssen. Sie werden nach Berlin zurückkehren und mit passiver Resistenz Schwierigkeit machen.“

Auch bei Gelegenheit der Demission des Generals von Winterfeldt aus der deutschen Waffenstillstandskommission Anfang Februar wollte ein holländischer Korrespondent der „New-York Times“ Anzeichen dafür sehen, daß die Deutschen mit dem Gedanken einer Nichtunterzeichnung spielten.

Innerhalb Deutschlands nahm diese Auffassung aber greifbare Formen erst nach Eröffnung der Nationalversammlung an. Den charakteristischen Auftakt gab die Rede des — damals noch nicht Reichspräsidenten — Volksbeauftragten Ebert vom 6. Februar in der ersten Sitzung, in der es heißt:

„Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben, wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und dem Gegner die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben.“

Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: *„Vieher ärgste Entbehrung als Entehrung!“* (Lebhafte Zustimmung.) Richtete sich diese Rede nach ihrem Anlasse eigentlich mehr auf die erschreckenden Forderungen der Franzosen für die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens, so spielte sie doch schon auf die Stellungnahme der Regierung zu dem kommenden endgültigen Frieden an.

Die Programmrede des Außenministers Grafen Brockdorff-Rantzau vom 14. Februar greift diesen Standpunkt auf, allerdings ohne ihn nach bestimmten Punkten hin scharf zu formulieren. Die Rede geht zwar nicht nur auf Allgemeines, sondern auch auf Einzelheiten wie die polnische Frage ein. Man vermißt jedoch den großzügigen inneren Zusammenhang, den die Lösung oder Nichtlösung einer einzelnen Frage mit dem großen Ganzen haben könnte. Der Schluß der Rede ferner, der die Folgen eines Gewaltfriedens behandelt, ist nicht kategorisch, sondern hypothetisch. Brockdorff-Rantzau führte (in einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen) aus:

„Nicht dem Spruch des Siegers, nur dem Urteil des Unparteiischen können wir uns innerlich beugen. Deshalb werde ich mich von den Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms, wie es von beiden Seiten anerkannt ist, nicht abdrängen lassen. Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Brüder das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Wir haben uns bereit erklärt, alle unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete unseres Reichs mit dem polnischen Staat verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten. Welche Gebiete unter den dreizehnten Punkt von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiische Instanz mag darüber entscheiden.“

Wenn ich Ihre Zeit so lange für Fragen auswärtiger Politik in Anspruch genommen habe, so leite ich das Recht dazu aus dem Umstande her, daß diese Nationalversammlung auch die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen muß, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Die Verfassung, die Sie dem neuen Reiche geben, wird der feste Grund sein, auf dem die deutschen Vertreter ihre Verhandlungen mit den Feinden führen werden. Der Geist, der Ihre Gedanken leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen werden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbstständigkeit auch den Siegern gegenüber zu behaupten. Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. Der größte Dichter deutscher Freiheit sagt: *„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre.“* Die Freudigkeit mag manchen von uns vergangen sein, aber der Wille, der unerschütterliche Wille bleibt bestehen. Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, ich gelobe, daß ich sie bewahren will.“

Mit diesen beiden Reden setzte die öffentliche Diskussion in Deutschland über die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit und Notwendigkeit einer eventuellen Unterschriftsverweigerung ein. Die Regierungen (Reichs- und preussische Regierung), Regierungsvertreter, Abgeordnete und Presseleute nahmen hierzu Stellung. Der Wille des Volkes verlangte gebieterisch Gehör. Die Zeit war vorbei, wo Diktate der Feinde ohne Rücksicht auf die allgemeine Stimmung im Lande angenommen werden konnten. Die Erfolge sah man in der Revision der mit dem Lebensmittelabkommen in Verbindung stehenden Frage der Auslieferung unserer Handelsflotte und dem letzten Abkommen in Spaa betreffend die Landung der Gallierarmee.

Während die feindliche Presse, insbesondere die englische, zu Anfang geneigt sein mochte, alle Gegenstöße der öffentlichen Meinung als leere Drohungen und Bluff aufzufassen, änderte sie diese ihre Stellungnahme erheblich. Auch in maßgebenden britischen Kreisen erwog man ernstlich die Gefahr einer möglichen Unterschriftsverweigerung und in einem Pariser Exchange-Telegramm hieß es: Man glaubt, daß eine ernsthafte Gefahr besteht, wenn die Deutschen „Hände hoch“ machen und uns sagen: „macht was ihr wollt!“

Geht man jedoch der Frage auf den Grund, welche konkreten Bedingungen die Ablehnung des Friedensvertrages hervorrufen würden, so erhält man kein klares Bild, weil die Regierung noch überhaupt kein einheitliches Programm aufgestellt hat, wie sie sich die Umsetzung der Wilsonschen Forderungen in die Wirklichkeit denkt. Es bleibt in der Regel bei dem allgemeinen Festhalten an dem Wilsonprogramm, sofern nicht ein Einzelfall, wie die von Frankreich geplante Regelung der Saargebetsfrage, Veranlassung gibt, die Stellungnahme zu diesem einzelnen Punkte zu präzisieren. Ganz besonders gilt dies hinsichtlich der polnischen Frage, oder besser ausgedrückt, hinsichtlich des Schicksals der Ostmark. Nur ganz allmählich brachen sich hier bestimmte Anschauungen Bahn, die ihrerseits aber nur in Allgemeinheiten schwebten, ohne in bestimmt abgegrenzten Vorschlägen zu endigen. Gänzlich verschwommen war ja noch die diesbezügliche Wendung in der Programmrede des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 14. Februar. Auf die Frage, sollen wir die Ostmark behalten oder welchen Teil sollen wir abtreten, ist noch keine Antwort erfolgt, so daß aus diesem Grunde dem Volke die Möglichkeit der Beurteilung fehlt, wann der Grenzpunkt erreicht werden wird, der die Regierung und die Nationalversammlung zur Ablehnung der Unterschrift zwingen muß.

Die bekannte und berüchtigte Stelle in der Rede Erzbergers vom 24. März vor dem Reichsverband Ostschuß, in der es heißt „Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig, Westpreußen und eines Teiles Oberschlesiens belastet wird, nicht unterzeichnen“, läßt Posen gänzlich außer acht und ist vor dem dadurch hervorgerufenen Entrüstungsturm für die weitere Bewertung dieser Frage gegenstandslos geworden.

In folgendem wird eine aus der Presse geschöpfte Übersicht gegeben:

1. Allgemeine Regierungserklärungen:

Ministerpräsident Scheidemann in der Rede vom 10. April vor der Nationalversammlung:

„... die Treue zu uns selbst. Ihr Gebot zwingt uns zur unerschütterlichen Wahrung derjenigen deutschen Lebensinteressen, ohne die weder ein nationales noch ein staatliches Dasein möglich ist. Jede Verpflichtung, die dagegen verstieße, wäre von uns unerfüllbar.“

Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, ebenda am 10. April, bei dem Hinweis darauf, daß das Wilsonprogramm die Grundlage des Friedens bilden müsse:

„Einen Frieden, der sich von dieser Grundlage in einem wesentlichen Punkte entfernt, können wir nicht unterzeichnen.“

Der Präsident der Preussischen Landesversammlung am 11. April, Veinert: „Daher ist der Friede auf unserer Seite nicht zu schließen mit Vertretern irgendwelcher Interessen, die dem Volke fremd sind, sondern der Friede ist zu schließen mit dem ganzen deutschen Volke. Darum wollen wir unserer Volksregierung sagen, daß sie nur einen Frieden schließen darf, der uns die Sicherheit bietet, daß alle Hindernisse der Volksversöhnung beseitigt werden. Stellen wir aber dies Verlangen, so verpflichtet uns das auch, die Regierung aufzufordern, keiner Bedingung des Friedens zuzustimmen, die unser Dasein, unser Leben gefährdet... Unsere Regierung darf niemals ihre Zustimmung zu einem Gewaltfrieden geben, der Deutsche unter die Fremdherrschaft anderer bringt.“

Der Reichspräsident Ebert in der Osterbotschaft am 15. April: „Ich begrüße diese Kundgebung“ — der Nationalversammlung vom 10. April — „als das Be-

kenntnis des unbeugbaren Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung sein soll.“

Zu beachten ist der Ausdruck „ich begrüße“. Eine bestimmte Festlegung der Reichsregierung ist damit vermieden.

Reichsminister Erzberger vor dem Friedensauschuß der Nationalversammlung am 22. April:

„Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, wie er in dem Notenwechsel mit Wilson dargelegt ist.“

Der Reichspräsident zu einem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“:

„Weder die jetzige noch irgend eine deutsche Regierung würde ein Frieden unterzeichnen können, der den vierzehn Punkten widerspräche.“

Die Regierungserklärungen gehen über Allgemeinheiten nicht hinaus.

2. Der von dem sozialdemokratischen Flügel der Koalitionsregierung inspirierte „Vorwärts“:

Nr. 193 vom 15. April, bei dem Bekanntwerden der französischen Wünsche hinsichtlich des Saargebietes und der enormen Kriegsschädigung:

„Nein!

Die Entente ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß es irgend eine deutsche Regierung gäbe, die solche Friedensbedingungen unterschreiben könnte. Wollen die gegenwärtigen Machthaber von drüben sie durchführen, so werden sie die Sache selber in die Hand nehmen müssen. Sie müssen sehen, wie sie mit den Bewohnern des Saargebietes fertig werden, die deutsch sind und deutsch bleiben wollen, und sie mögen selber erfahren, daß die in Vorschlag gebrachten Beträge von uns nicht hereinzubekommen sind, selbst wenn man uns das letzte zerrissene Bettuch unter dem Leibe und die letzten Stiefel von den Füßen zieht.

Die Entente kann diese Friedensbedingungen durchführen, wie gesagt, wenn sie es kann. Aber keiner deutschen Regierung würde man zumuten zu erklären, daß dies ein Rechtsfrieden sei, auf den sich Europas dauernde Ruhe gründen könne, und daß dies überhaupt ein durchführbarer Vertrag sei. Denn das wäre eine Erklärung wider besseres Wissen, und man soll die deutsche Politik, von der man vor der Revolution sagte, daß sie unehrlich sei, nicht nach der Revolution zu einer Erklärung zwingen wollen, die nicht ehrlich sein könnte. Wenn wir schon ganz zugrunde gehen sollen, so wollen wir es lieber in Aufrichtigkeit und Ehre als in Lüge und Schande tun.“

Bezieht sich dieser Artikel nur auf einen bestimmten Ausschnitt aus dem Friedensprogramm, so ist nachstehender Auszug aus dem Artikel vom 22. April Nr. 203 allgemeiner:

„Wenn die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen läßt, so tut sie das in dem Bewußtsein, daß der Frieden ohne schwere Opfer für das deutsche Volk nicht zu erreichen ist. Sie ist bereit, Gebiete aufzugeben, deren Bevölkerung ein Verbleiben im politischen Machtbereich des alten Reiches nicht wünscht, und sie ist bereit, finanzielle Verpflichtungen zur Wiederherstellung der kriegsverwüsteten Gebiete im Westen zu übernehmen.“

Was wir Sozialdemokraten vom Frieden verlangen, läßt sich kurz so ausdrücken: Wir verlangen einen Frieden, der es uns ermöglicht, künftige Revanchegedanken erfolgreich zu bekämpfen. Das wird aber nur der Fall sein, wenn nicht deutsches Gebiet wider seinen Willen unter fremde Herrschaft gebracht wird, und wenn dem deutschen Volk nicht Lasten auferlegt werden, unter denen es zusammenbrechen muß. Ein Frieden, der das Selbstbestimmungsrecht achtet und die Grenzen physischer Leistungsfähigkeit respektiert, muß das Verhandlungsziel sein. Ob es erreicht werden kann, muß sich erst bei den Verhandlungen zeigen. Daß es ohne sie unerreichbar bleibt, ist von vornherein gewiß.“

Hier wird auch auf die Frage der Ostmark, wenn auch nicht den Worten nach, eingegangen, jedoch ohne eine bestimmte Lösung zu zeigen, zumal nicht der Weg gewiesen wird, den Umfang des Verzichtes mit der Forderung auf Erhaltung deutscher Gebiete zu vereinigen.

3. Äußerungen von Staatsmännern, auch Regierungsvertretern,
Abgeordneten, in der Presse:

Freiherr von Richthofen, Mitglied der Nationalversammlung, in seinem Artikel „Die letzte Entscheidung“, „Berliner Tageblatt“ vom 16. März:

„Nach wie vor sind wir bereit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker den fremdsprachigen Elementen in unserem Vaterlande im weitesten Umfange zu gewähren. Eine Vergewaltigung Deutscher, sei es im Osten oder Westen, ist aber damit unvereinbar. Die Entente kann sie vielleicht militärisch erzwingen, unsere Zustimmung zu einem solchen Verbrechen an der lebendigen Menschheit wie an der Zukunft der Völker Europas wird sie nicht erhalten. . . .

Stehen aber die Forderungen der Entente mit den von ihnen selbst beim Waffenstillstand übernommenen Verpflichtungen im Widerspruch, so wird sich die Regierung zu Fortsetzung der Verhandlungen für nicht kompetent erklären müssen. Sie wird hiervon der Nationalversammlung Mitteilung zu machen haben und die Nationalversammlung kann entweder den von der Entente vorgeschriebenen Frieden als unannehmbar bezeichnen oder ihn einer Volksabstimmung unterbreiten. Das Volk selbst muß dann entscheiden, welches das schwere Schicksal sein soll, das es sich wählt. Es wäre vielleicht gut, wenn die deutsche Regierung die Ententestaaten über diesen Sachverhalt nicht im unklaren lassen würde.“

Reichsminister Dernburg, „Berliner Tageblatt“ vom 23. März, Artikel „Was wir nicht unterschreiben!“

„Das deutsche Volk wird sich die Mimicry, die jede Eingebung der Furcht, jedes Gelüst nach Macht und Rache den Wilsonschen Punkten anfärbt, nicht gefallen lassen, und es wird keinen Frieden unterschreiben, der nicht jene unparteiische Gerechtigkeit, Versöhnung und Aussicht auf Dauer verspricht, wie es uns unterm 27. September 1918 von Wilson zugesichert worden ist. Insbesondere werden wir nicht unterschreiben einen Frieden, der nicht als Haupt- und Schlußstück einen Völkerbund enthält, und zwar einen Völkerbund, in den Deutschland von vornherein als ein gleichberechtigtes Glied aufgenommen ist, (Punkt 3 und 4 vom 27. September 1918), einen Völkerbund, der die Regelung der internationalen Beziehungen unter die Garantie der friedenschließenden Völker stellt, und sie löst von Geheimdiplomatie und Kabinettspolitik, die die Pariser Verhandlungen heute beherrschen. Die Sicherung des Friedens der Welt muß in diesem Völkerbund verankert sein, dem Deutschland aufrichtig und ernsthaft angehören will. Dann bedarf es weder militärischer noch territorialer Sicherungen, und so werden wir auch keinen Frieden unterschreiben, der deutsches Land annektiert und deutsche Gebietsteile unter Sonderrecht stellt. Wir können keinen Frieden unterschreiben, der die Frage des Gebietsstandes „anders als auf der Grundlage freier Zustimmung der unmittelbar beteiligten Völker, nicht aber auf der Grundlage des nationalen Interesses der anderen Staaten ersirebt.“ (Punkt 2 vom 4. Juli 1918.) Was das Saargebiet anbetrifft, sind die dortigen Deutschen, was die Provinzen Posen und Westpreußen anbetrifft, deren Einwohnerschaft die unmittelbar beteiligten Völker und nicht etwa die Franzosen und Polen. Einen Frieden, der anders bestimmt, werden wir nicht unterschreiben.“

Reichsfinanzminister Gothein, „Berliner Tageblatt“ vom 23. April, Artikel: „Welchen Frieden können wir annehmen?“

„Keine deutsche Regierung kann einem Frieden zustimmen, der nicht eine loyale Auslegung der Wilsonschen Friedenspunkte bringt. Zu ihnen haben sich die Gegner und haben wir uns verpflichtet. Nur im Vertrauen auf sie haben wir uns den furchtbar harten Waffenstillstandsbedingungen unterworfen. Das

deutsche Volk müsse sich belogen und betrogen fühlen, wenn man ihm jetzt weiteres zumutete. In den sieben Monaten seit dem Waffenstillstandsangebot hat Deutschland Unfassbares gelitten. Aber es kann keinen Frieden auf sich nehmen, der ihm Unmögliches zumutet. Ein solcher würde der Regierung, würde der Nationalversammlung den Rückhalt im Volke nehmen, würde den Sieg des Bolschewismus, den Untergang der europäischen Kultur bedeuten.“

Bezüglich Posen wurde vorher gesagt: „Nirgends im Osten Deutschlands gibt es Gebiete, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind. Deutsche Kultur herrscht in ihnen; was dort geschaffen ist, ist deutscher Geistesarbeit zu danken. Auch die jetzt außerhalb der Demarkationslinie liegenden Teile Posen sind zum guten Teil überwiegend deutsch. Aus dem Zusammenhang mit Deutschland gerissen, würden sie aufs schwerste leiden, würden sie in jenen Zustand der Unkultur zurücksinken, in dem sich die weitesten Teile Polens und Galiziens befinden.“

4. Öffentliche Reden:

Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau am 12. März:

„Die Reichsregierung stellt sich strikt auf den Standpunkt, daß für die kommenden Friedensverhandlungen lediglich die vierzehn Punkte Wilsons die Richtschnur zu bilden haben.“

Fehrenbach, Präsident der Nationalversammlung, am 25. April:

„Wir werden auch nicht einen Frieden unterzeichnen, der das Saargebiet den Feinden ausliefert und Danzig den Polen zuspricht!“

(Und wir fügen hinzu: auch Posen!)

Minister des Innern Heine, Versammlung des Reichsverbandes Ostschutz am 27. April: „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 203 vom 28. April:

„Unsere Friedensunterhändler sind nach Paris bestellt. Sie müssen wissen, daß der Wille des Volkes hinter ihnen steht. Deshalb ist es gut, wenn jetzt überall im deutschen Lande man sich klar macht, was man tut und was für Pflichten man übernehmen kann, was möglich und was unmöglich ist. Wenn wir heute gegen die bekannten Pläne der Feinde protestieren, so wollen wir bei ihnen nicht um Gnade betteln. Wir sind geschlagene Männer, wollen uns aber nicht betragen wie verprügelte Kinder. Auch wir Deutschen haben unser nationales Recht. Darum protestieren wir, daß Danzig und Westpreußen den Polen zugeteilt werden soll, daß man das Saargebiet abreißen und das linksrheinische Gebiet unter französische Herrschaft bringen will. Was Posen betrifft, so ist es die deutsche Arbeit, die die Grenze zu ziehen hat, nicht alte Dokumente, weder die von der dritten Teilung Polens noch von der ersten Schlacht bei Tannenberg. Wo deutsche Kultur und Arbeit den Ausschlag gibt, ist das Land deutsch.“

Der Reichsverband Ostschutz nahm darauf folgende Entschliebung an:

„Die heutige vom Reichsverband Ostschutz nach dem Palasttheater in Berlin einberufene von Tausenden von Personen ohne Unterschied der Partei besuchte Versammlung protestiert angeichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen mit größter Entschiedenheit gegen jede Zerstückelung Deutschlands. Sie fordert einen Frieden der Gerechtigkeit und Verständigung gemäß den Richtlinien des Präsidenten Wilson und verlangt das Selbstbestimmungsrecht in unseren zweisprachigen Grenzmarken auch für die Deutschen. Die Versammlung weist mit Entrüstung besonders die übertriebenen Ansprüche des Polentums auf die deutschen Ostgrenzen zurück, da ihre Verwirklichung etwa drei Millionen deutscher Kulturpioniere unter das Joch der Fremdherrschaft beugen und sie kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Verelendung preisgeben würden. Wie Danzig eine rein deutsche Stadt und Westpreußen überwiegend deutsch ist, so sind auch in Posen und Oberschlesien deutscher Besitz, deutsche Bildung und deutsche Schaffenskraft von überwiegender Bedeutung. Deutschland könnte den Verlust von Gebieten, in denen das deutsche

Volk nach kultureller und wirtschaftlicher Leistung das Übergewicht besitzt, niemals verschmerzen. Darum erheben wir im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern auch zum Heile der Menschheit, das einen Dauerfrieden erfordert, unsere Stimme gegen jede Zerstückelung Deutschlands und für einen gerechten Verständigungs-frieden."

Schlussfolgerung:

Volk und Regierung sind sich darin einig, daß die Verweigerung der Unterschrift als letztes Mittel in ernsthafte Erwägung gezogen werden muß, um das deutsche Volk vor sicherem Untergang zu bewahren.

Besteht die Entente auf einem Diktatfrieden, so hat die Ablehnung schon aus rein formalen Gründen allein durch die Regierung zu erfolgen. — („Preussische Zeitung“ vom 28. April.) — Soll ein Gewaltfriede nach Wahrung der Verhandlungsform aufgezwungen werden, so trifft die Nationalversammlung die Pflicht, die Unterschrift der Delegierten zu verweigern oder aber die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung unmittelbar dem Volke selbst (Volksabstimmung, Referendum) zu überlassen. Das Volk soll sich dabei nicht durch bange Rücksicht auf nahe Gefahren und noch weniger durch Zusäufierungen von der Gegenseite irremachen lassen. Wenn der englische Arbeiterführer Henderson jetzt das deutsche Volk dringlichst ersucht, rasch einen Frieden um jeden Preis zu schließen, um sich erstens vor der Selbstvernichtung durch den Bolschewismus zu retten und um zweitens sich eine spätere Revision des Friedens durch die internationale Demokratie zu sichern, so ist das bestellte Arbeit.

Siehe seine Ausführungen: Die Unterzeichnung des Pariser Friedens würde von selbst die Aufhebung der Blockade mit sich bringen. Wenn der Friede von den Deutschen nicht unterzeichnet würde und in Deutschland der Bolschewismus mit seinen unvermeidlichen Folgen käme, so würde das für Deutschland selbst und für die ganze Welt ein Verhängnis sein. Es sei für die Deutschen besser, einen unbefriedigenden Frieden anzunehmen, als durch Ablehnung der Friedensbedingungen einen Zustand heraufzubeschwören, dessen Wirkung sich nicht absehen lassen würde. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages würden die Deutschen den Arbeitern in den Ententeländern eine wirkliche Waffe für eine energische Aktion zugunsten Deutschlands in die Hände geben, und sie würde als der beste Beweis dafür betrachtet werden, daß man in Deutschland wirklich radikal mit der Vergangenheit gebrochen hat und entschlossen ist, sich ehrlich an der Neugestaltung der Welt zu beteiligen. Ein rascher Friede sei augenblicklich von so überragender Bedeutung, daß daneben alle anderen Erwägungen in den Hintergrund treten müßten.

Der „Vorwärts“ Nr. 214 vom 28. April, Artikel „Die Suche nach dem Frieden“ hat sich von diesen Argumenten schon halb gewinnen lassen, wie sich aus nachstehendem Auszug ergibt:

„Ein Frieden der Gewalt, mag er unterzeichnet werden oder nicht, wird aber auf keinen Fall der Frieden sein, den die Welt haben will. Auch er wird nichts anderes sein als Krieg, in dem gerade nur nicht oder noch nicht geschossen wird. Der wirkliche Frieden liegt erst weit hinter diesem unheilvollen Zustand, wer weiß wo?

Wir wollen einen ehrlichen Frieden unterzeichnen, und sind bereit, tragbare Lasten, die aus ihm entspringen, auf uns zu nehmen, wir wollen nur nicht gezwungen werden, einen Scheinfrieden, einen unerfüllbaren Vertrag zu unterschreiben, handeln zu müssen, wie leichtsinnige Kavaliere, die alles versprechen, was sie nicht halten können.

Möge es der deutschen Delegation gelingen, für diesen Standpunkt in der Welt Verständnis zu werben.

Die Frage, ob es zur Unterzeichnung kommen wird oder nicht, ist die große Frage eines tragischen Augenblicks. Wert und Haltbarkeit des abzuschließenden Vertrages werden aber nicht davon abhängen, was unter ihn geschrieben, sondern

was in ihn hineingeschrieben wird. Verträge, die gegen Vernunft und Möglichkeit verstoßen, werden durch die Macht der Tatsachen wieder umgestoßen werden. Unterschriften, durch die sich ein Volk zur Selbstvernichtung verpflichtet, wird die Geschichte auslöschen und das Volk wird weiter leben. Unterzeichnen? nicht unterzeichnen? Den kürzesten, schmerzlosesten Weg zum wirklichen Frieden zu suchen, der ja doch kommen muß, weil die Menschheit ohne ihn nicht mehr leben kann, das ist die verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in den kommenden entscheidungsschweren Tagen."

Die Wiedergabe der Hendersonschen Äußerungen und der anscheinend völlig davon unabhängige soeben zitierte Vorwärtsartikel finden sich in der gleichen Nummer auf der gleichen Seite. Unmerklich schwenkt der „Vorwärts“ um und verirrt in der äußeren Verschiedenheit der Beweisführung die Absicht, für den Hendersonschen Gedanken zu werben. Beide drücken, nur mit anderen Worten, denselben Gedanken aus: Unterzeichnen! Es ist kein endgültiger Friede (Scheinfriede), die Arbeiterschaft in den Ententeländern (die Macht der Tatsachen) hätte eine energische Waffe zugunsten Deutschlands (stößt Verträge gegen Vernunft und Möglichkeit um)! Ein gefährliches Spiel, bei dem ein unsicherer Wechsel auf ungewisse Möglichkeiten gegen die ganze Zukunft der Nation eingesetzt wird! Die mögliche Revision eines einmal unterzeichneten Friedens durch die „Macht der Tatsachen“ (eine andere Ausdrucksweise als der Einflüsterer Henderson anwandte) liegt in so nebelweiter Ferne, daß das deutsche Volk sich doch lieber die Frage vorlegen wird, ob unter den Vertrag die Unterschrift gesetzt werden soll oder nicht.

Den Kern der Sache trifft die „Frankfurter Zeitung“ — Nr. 238 vom 22. April — die jede Rücksichtnahme auf etwaige Druckmittel der Entente bei Unterschriftsverweigerung zurückweist und erklärt: „Aber unsere Auffassung vom Frieden darf durch solche Erwägungen nicht bestimmt werden. Wir haben nur zu überlegen, ob der uns zuge dachte Friede uns nicht in eine noch schlimmere Verflavung bringen wird und ob die Ablehnung nicht doch das kleinere von zwei Übeln ist. Es stehen in der Tat die größten Dinge für uns auf dem Spiel. Ob wir so oder so zugrunde gehen, kann uns gleichgültig sein. Es gibt Dinge, die ein großes Volk einfach nicht annimmt. Auf Verhandlungen sich einlassen, heißt dann schon von Anfang an sich auf den abschüssigen Weg begeben!“



Zum südwestdeutschen Problem

Von Studienrat Dr. M. Eimer



In der zweiten Hälfte des April haben in fünf Ländern und Landschaften — in Württemberg, Baden, Hohenzollern, dem bairischen Schwaben und Vorarlberg — bedeutsame Kundgebungen stattgefunden, die sich mit einer politischen Neugestaltung im alten schwäbischen Lande, das den Bodensee in nördlich gerichtetem Bogen umschließt, befassen. Es handelt sich um die Wiedervereinigung der im Laufe der Zeit politisch von einander getrennten Bestandteile des alten Herzogtums Schwaben, nun, wo die durch dynastische Begebenheiten gestalteten Grenzen der süddeutschen Länder nicht mehr die Berechtigung und die Bedeutung haben, welche sie besaßen, solange jene von Fürstentronen überstrahlt waren.

Der Name Schwaben und die Bezeichnung schwäbisch ist von allen den genannten Gebieten besonders von Württemberg mit Vorzug belegt worden, seitdem zu dem altwürttembergischen Besitzstand unter Napoleons Schützling, König Friedrich, die zahlreichen Reichsstädte, unmittelbaren Klöster, reichsfreien Grafschaften und Ritterstände hinzugekommen waren, die noch heute als Ober-